

Stellungnahme zum Gesetzentwurf Errichtung einer Stiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ und zum „Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte.“ Anhörung am 5.5.2021 im Deutschen Bundestag,

von Dr. Susanne Kitschun, Leiterin Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen

Meilensteine für mehr Sichtbarkeit

Das wachsende Engagement des Bundes für Orte der Demokratiegeschichte ist sehr zu begrüßen. Nach dem Grundsatzbeschluss des Deutschen Bundestages vom 17.10.2019 sind das von der Bundesregierung vorgelegte Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte und die Gründung einer selbstständigen Stiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ wichtige Meilensteine für eine stärkere Sichtbarkeit unserer demokratischen Wurzeln. Diese wurden lange zu wenig beachtet. Das neue Erinnern an die Demokratiegeschichte ergänzt das Gedenken an die Opfer der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur. Sie stehen in keiner Konkurrenz.

Überzeugend ist die Konzipierung des Rahmenkonzeptes als lernendes Konzept, das keinen Anspruch auf abschließende Vollständigkeit erhebt und die geplante Evaluation mit wissenschaftlicher Begleitung.

Revolutionen als niedrigschwelliger Zugang

Als Gedenkort, der in der Revolution 1848 geschaffen wurde, freut uns, dass die langen Linien der Demokratiegeschichte, insbesondere die große Bedeutung des 19. Jahrhunderts, Eingang in die Konzeption fanden. Das Verständnis historischer Entwicklungen kann durch eine größere zeitliche Distanz profitieren.

Das Herausarbeiten von Revolutionen als wesentlicher Teil unserer Demokratiegeschichte ist gelungen und sinnvoll, bieten sie doch für viele Menschen einen niedrigschwelligen Zugang zur Demokratiegeschichte. Die Bedeutung jedes und jeder Einzelnen für die Entstehung und das Erkämpfen unserer Demokratie wird so sichtbar. Zugleich schufen die revolutionären Erhebungen von 1848 und 1918 die Voraussetzungen für die Nationalversammlungen in der Paulskirche und in Weimar.

Anregungen für die Weiterentwicklung

Wünschenswert für eine spätere Weiterentwicklung des Rahmenkonzeptes bzw. für die Arbeit der künftigen Stiftung sind:

- eine noch stärkere Betonung des europäischen, teils weltweiten Kontexts und der gemeinsamen demokratischen Wurzeln Europas
- eine deutlichere Akzentuierung der demokratiegeschichtlichen Leistungen der Arbeiter:innenbewegung
- das Herausarbeiten von sozialen Bewegungen als wesentlicher Teil von Demokratiegeschichte
- die Berücksichtigung der Themenbereiche Flucht und (Re-)Migration.

1848 | 1918

Friedhof der Märzgefallenen

Hinweise zur künftigen Beratungs- und Fördertätigkeit der Stiftung „Orte deutscher Demokratiegeschichte“

Vieles hängt an der konkreten Ausgestaltung der Arbeit der künftigen Bundesstiftung, insbesondere an einem produktiven und sich ergänzenden Zusammenspiel von eigenen Aktivitäten und Fördermaßnahmen zum Beispiel bei der Gestaltung von Gedenktagen.

Chancen auch für kleinere Orte

Für die Mitglieder der AG Orte der Demokratiegeschichte, in deren Sprecher:innenrat ich mitarbeite, ist die Beratung und Unterstützung bestehender und noch aufzubauender Erinnerungsorte zentral. Viele Spuren der Demokratiegeschichte sind noch nicht hinreichend für unsere Geschichtskultur gesichert und brauchen geförderte Kooperationen innerhalb des Netzwerks. Dazu gehören die Einbeziehung kleinerer Orte in bundesweite Themenjahre ebenso wie die Förderung von Vernetzung und die Unterstützung bei der Entwicklung qualifizierter Vermittlungsformate für Demokratiepädagogik.

Praktikable Förderrichtlinien

Gerade in der Anfangsphase ist es außerdem entscheidend, dass es keine zu hohen Hürden für die Förderung gibt. Dazu gehören insbesondere:

- die Möglichkeit einer direkten Antragstellung bei der Stiftung
- kein Ausschluss durch hohe Anforderungen an die Kofinanzierung
- die Möglichkeit einer mehrjährigen Förderung

Ein geeignetes Vorbild können die Fördergrundsätze der „Stiftung Aufarbeitung“ sein. Empfehlenswert wäre es, die Erfahrungen von Trägern einzubinden.

Gefahr einer (Förder-)Diskontinuität im ersten Halbjahr 2022

Seit Frühjahr 2020 arbeiten erste - von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien geförderte - Pilotprojekte an der stärkeren Sichtbarkeit von Demokratiegeschichte. Dank der Aufstockung des Fördertopfs kommen dieses Jahr weitere Projekte hinzu.

Die späte Verabschiedung des Bundeshaushalts für 2022 kann zu einer Diskontinuität zumindest im ersten Halbjahr 2022 führen. Hier ist geeignet Vorsorge zu treffen, damit der angestoßene Qualifizierungs- und Entwicklungsprozess nicht unterbrochen wird.

1848 | 1918

Friedhof der Märzgefallenen